

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Birgit Homburger, Dr. Hermann Otto Solms,
Hildebrecht Braun (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P
– Drucksache 14/3519 –**

Öko-Steuer zurücknehmen

A. Problem

Der Antrag zielt auf die Rücknahme der bisherigen Schritte der Öko-Steuer und einen Verzicht auf die geplanten weiteren Schritte bei dieser Steuer. Stattdessen soll ein Gesetzentwurf für eine nach Auffassung der Antragsteller ökologisch wirksame Steuerreform vorgelegt werden. Zu diesem Gesetzentwurf sollen die Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer und deren Umlegung auf die Mineralölsteuer sowie die Umwandlung der Kilometerpauschale in eine fahrzeugunabhängige Entfernungspauschale gehören.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Die Ablehnung des Antrags erfolgte mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS bei Enthaltung der Fraktion der CDU/CSU.

C. Alternativen

- Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU: Entwurf eines Gesetzes zur Senkung der Mineralölsteuer und zur Abschaffung der Stromsteuer (Öko-steuer-Abschaffungsgesetz) in Drucksache 14/4097.
- Gesetzentwurf der Bundesregierung und der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Entfernungspauschale und zur Zahlung eines einmaligen Heizkostenzuschusses in Bundesratsdrucksache 593/00.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag „Öko-Steuer zurücknehmen“ – Drucksache 14/3519 – abzulehnen.

Berlin, den 11. Oktober 2000

Der Finanzausschuss

Christine Scheel
Vorsitzende

Reinhard Schultz (Everswinkel)
Berichterstatter

Heinz Seiffert
Berichterstatter

Gerhard Schüßler
Berichterstatter

Dr. Barbara Höll
Berichterstatte

Bericht der Abgeordneten Reinhard Schultz (Everswinkel), Heinz Seiffert, Gerhard Schüßler und Dr. Barbara Höll

1. Verfahrensablauf

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. „Öko-Steuer zurücknehmen“ – Drucksache 14/3519 – wurde dem Finanzausschuss in der 114. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Juli 2000 zur federführenden Beratung und dem Rechtsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, dem Ausschuss für Tourismus und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen. Der Ausschuss für Tourismus hat den Antrag in seiner Sitzung am 26. September 2000 beraten. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat am 9. Oktober 2000 zu der Vorlage votiert. Die anderen mitberatenden Ausschüsse haben am 27. September 2000 zu dem Antrag Stellung genommen. Der Finanzausschuss hat die Vorlage am 27. September 2000 und 11. Oktober 2000 beraten.

2. Inhalt des Antrags

Mit dem von der Fraktion der F.D.P. eingebrachten Antrag „Öko-Steuer zurücknehmen“ – Drucksache 14/3519 – soll die Bundesregierung zu folgenden Maßnahmen aufgefordert werden:

- Vorlage eines Gesetzentwurfs mit den Zielen der Rücknahme der bisherigen Schritte der Öko-Steuer und Verzicht auf die bei dieser Steuer geplanten weiteren Schritte,
- Vorlage eines Gesetzentwurfs für eine nach Auffassung der Antragsteller wirksame ökologische Steuerreform mit dem Inhalt:
 - Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer und deren Umlegung auf die Mineralölsteuer,
 - Umwandlung der Kilometerpauschale in eine fahrzeugunabhängige Entfernungspauschale.

Zur Begründung des Antrags werden von der Fraktion der F.D.P. folgende Argumente angeführt:

- Die Steuererhöhungen im Rahmen der ökologischen Steuerreform hätten das Ziel verfehlt, den Kraftstoffverbrauch durch weniger Autoverkehr zu senken und damit die Umweltbedingungen zu verbessern. Berufstätige, die pendeln, und Unternehmer, die ihre Kunden besuchen müssen, hätten oft keine Alternative zum Kraftfahrzeug und könnten deshalb nicht weniger fahren. Die Kraftfahrer seien durch die gestiegene Mineralölsteuer und der infolgedessen höheren Mehrwertsteuer im Jahr 2000 mit 4 Mrd. DM mehr belastet.

- Die Öko-Steuer gefährde den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern, weil sie die dort überdurchschnittlich stark vertretenen Wirtschaftsbereiche – die Landwirtschaft und den gewerblich-industriellen Mittelstand – zusätzlich zu den in den neuen Ländern ohnehin höheren Energiepreisen finanziell belaste und somit die Existenz dieser Branchen bedrohe.
- Die Öko-Steuer sei nicht sozial gerecht, weil starke Bevölkerungsgruppen weder von der Kilometerpauschale noch von den durch die Öko-Steuer gesenkten Rentenversicherungsbeiträgen profitierten, aber die finanziellen Mehrbelastungen aus den Steuererhöhungen tragen müssten. Zu diesen Bevölkerungsgruppen gehörten Freiberufler, Landwirte, Rentner, Hausfrauen, Studenten, Arbeitslose, Beamte und Sozialhilfeempfänger.
- Die Finanzierung der Rentenversicherung durch die Einnahmen aus der Öko-Steuer verdeckte die Notwendigkeit einer umfassenden Reform der Rentenversicherungssysteme.

3. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und PDS.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS bei Nichtbeteiligung der Fraktion der CDU/CSU an der Abstimmung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und PDS. Bei der Einzelabstimmung hat die Fraktion der CDU/CSU der Nummer 1 des Antrags – Rücknahme der bisherigen Schritte der Öko-Steuer und Verzicht auf die bei dieser Steuer geplanten weiteren Schritte – zugestimmt.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU.

Bei der Einzelabstimmung ist Nummer 1 des Antrags – Rücknahme der bisherigen Schritte der Öko-Steuer und Verzicht auf die bei dieser Steuer geplanten weiteren

Schritte – mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS abgelehnt worden. Punkt 2 – Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer und deren Umlegung auf die Mineralölsteuer sowie Umwandlung der Kilometerpauschale in eine fahrzeug-unabhängige Entfernungspauschale – ist bei der Einzelabstimmung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS abgelehnt worden

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Diese Empfehlung erfolgt zu Nummer 1 des Antrags – Rücknahme der bisherigen Schritte der Öko-Steuer und Verzicht auf die bei dieser Steuer geplanten weiteren Schritte – mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. und zu Nummer 2 des Antrags – Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer und deren Umlegung auf die Mineralölsteuer sowie Umwandlung der Kilometerpauschale in eine fahrzeug-unabhängige Entfernungspauschale – mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktionen der CDU/CSU und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS.

Der Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. und der Stimme der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU. Unbeschadet dessen stimmt die Fraktion der CDU/CSU Nummer 1 des Antrags – Rücknahme der bisherigen Schritte der Öko-Steuer und Verzicht auf die bei dieser Steuer geplanten weiteren Schritte – zu.

Der Ausschuss für Tourismus empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktion der PDS.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS.

4. Ausschussempfehlung

Bei der Erläuterung des Antrags im federführenden Finanzausschuss hat die Fraktion der F.D.P. über die in der Begründung des Antrags angeführten Argumente hinaus darauf hingewiesen, dass rd. 70 v. H. des Kraftstoffpreises als Steuern und Abgaben dem Fiskus zufließen. Dieser starke Steuerzugriff diene den Ölproduzenten als Argument für Preiserhöhungen. Notwendig sei daher ein Signal, dass der Fiskus die hohe Steuerbelastung des Mineralöls zurücknehme, und dieses Signal müsse aus einer Rücknahme der Öko-Steuer und einem Verzicht auf die bereits beschlossenen weiteren Stufen dieser Steuer bestehen.

Die Fraktion der CDU/CSU hat die Auffassung vertreten, dass die Belastung der Bürgerinnen und Bürger mit der Öko-Steuer ein schwerwiegendes Problem darstelle, nicht nur wegen des schon jetzt hohen Anteils der Mineralölsteuer am Kraftstoffpreis, sondern auch wegen der weiteren kommenden Stufen dieser Steuer. Dem Argument, eine hohe Mineralölsteuerbelastung ermutige die Erzeugerstaaten und Mineralölunternehmen zu Preiserhöhungen, hat sie sich angeschlossen. Die Erfahrungen der Vergangenheit hätten dies bestätigt. Die Fraktion der CDU/CSU hat auch den Koalitionsvertrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angeführt, der es erlaube, bei den weiteren Schritten der Öko-Steuer auf die Entwicklung des Mineralölpreises Rücksicht zu nehmen. Wenn die Koalitionsfraktionen bei den ersten Stufen der Öko-Steuer argumentiert hätten, diese Steuererhöhungen seien wegen der seinerzeit niedrigen Ölpreise verkraftbar, müssten sie aus den jetzt hohen Ölpreisen die Konsequenz ziehen und zumindest auf die nächste Stufe der Öko-Steuer zum 1. Januar 2001 verzichten. Weiterhin hat die Fraktion der CDU/CSU argumentiert, der Bundesfinanzminister habe erkennen lassen, dass er der bestehenden Verknüpfung der Öko-Steuer mit der Rentenversicherung – der Verwendung des Aufkommens aus dieser Steuer zur Senkung der Rentenversicherungsbeiträge – ablehnend gegenüberstehe. Dies sei auch ihre Position, u. a. deshalb, weil eine ökologische Lenkungswirkung der Öko-Steuer zu einer Verringerung des Aufkommens aus dieser Steuer führe, so dass die entsprechenden Mittel zur Subventionierung der Rentenversicherung fehlten.

Die Bundesregierung hat demgegenüber darauf aufmerksam gemacht, dass der Anteil der Mineralölsteuer am Kraftstoffpreis bei steigenden Rohölpreisen sinke. Dementsprechend sei der Anteil der Steuer am Mineralölpreis nach den Preiserhöhungen der vergangenen Monate zurückgegangen. Er sei heute geringer als zur Zeit der früheren, von CDU/CSU und F.D.P. getragenen Bundesregierung. Die Öko-Steuer sei gegenüber den von den Ölproduzenten vorgenommenen Preiserhöhungen ohnehin von geringerem Gewicht. Im Übrigen sei es mit dem Aufkommen der Öko-Steuer gelungen, die versicherungsfremden Leistungen der Rentenversicherung nunmehr vollständig aus Steuermitteln zu decken. Eine Rücknahme der Öko-Steuer und eine Aussetzung der nächsten Stufe dieser Steuer würden lediglich Spielräume für Preiserhöhungen durch die Ölproduzenten und Mineralölkonzerne eröffnen, während dem Staat diese Mittel dann für die Erfüllung seiner Aufgaben fehlten.

Die Koalitionsfraktionen haben erklärt, dass die in dem Antrag der Fraktion der F.D.P. u. a. geforderte Umlegung der Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer eine erhebliche Erhöhung des Mineralölpreises bedeute, die in der jetzigen Situation nicht vertretbar sei. Die Ministerpräsidenten der Länder einschließlich des hessischen Ministerpräsidenten, der eine von CDU und F.D.P. getragene Regierung führe, hätten deutlich gemacht, dass sie eine solche Maßnahme ablehnten. Zur Situation der Pendler sei zu beachten, dass die Arbeitsstätte nur bei sehr wenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr als 50 km entfernt sei.

Auch die Koalitionsfraktionen haben argumentiert, die geforderte Rücknahme der Öko-Steuer werde lediglich dazu führen, dass die Ölproduzenten die dadurch eintretenden

Preiserhöhungsspielräume nutzten und ihre Preise erhöhten. An der Öko-Steuer müsse aber auch festgehalten werden, um die Abhängigkeit der deutschen Energieverbraucher von den Ölproduzenten zu vermindern. Diese Abhängigkeit wäre heute geringer, wäre die Öko-Steuer früher eingeführt worden. Die gestiegenen Ölpreise seien durchaus problematisch, doch sei die von den Koalitionsfraktionen und der Bundesregierung mit der Öko-Steuer eingeleitete Wende in der Energiepolitik, die in der Bundesrepublik Deutschland später vorgenommen worden sei als in anderen europäischen Staaten, die richtige Antwort darauf. Diese Steuer und die damit verbundene Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitnehmer und insbesondere den Mittelstand förderten das notwendige Umdenken der Energieverbraucher. Die Gesamtbelastung der Bevölkerung sei durch die Öko-Steuer nicht erhöht worden, weil dieser Steuer die Verringerung der Rentenversicherungsbeiträge gegenüberstehe.

Letzterem hat die Fraktion der CDU/CSU entgegengehalten, dass lediglich das Aufkommen aus der ersten Stufe der Öko-Steuer vollständig der Rentenversicherung zugute gekommen sei. Zudem hat sie darauf verwiesen, dass verschiedene Bevölkerungsgruppen von der durch die Öko-Steuer ermöglichten Senkung der Rentenversicherungsbeiträge nicht oder kaum entlastet würden, z. B. Rentner, Sozialhilfeempfänger, Studenten und Arbeitnehmer mit geringerem Einkommen. Gleichwohl hätten diese Bevölkerungsgruppen die Öko-Steuer zu tragen.

Die Fraktion der PDS erklärt, dass sie die – als Strom- und Mineralölsteuererhöhung ausgestaltete – ökologische Steuerreform für ökologisch unwirksam und unsozial halte. Durch die Freistellungen verschiedener Branchen und zahlreiche Ausnahmeregelungen würden keine Anreize zum ökologischen Wirtschaften geschaffen. Die Öko-Steuer belastete insbesondere private Haushalte und sei damit eine ökologisch verbräunte Mehrwertsteuererhöhung. Die PDS spreche sich zudem gegen die Verwendung der Einnahmen für die Rentenbeiträge aus. Diese Mittelverwendung be-

wirke, dass durch die ökologische Steuerreform Menschen mit geringem Einkommen und Familien höher belastet würden, weil die Erhöhung von Mineralöl- und Stromsteuer die Entlastungswirkung der Senkung der Rentenbeiträge übersteige.

Auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU ist über Nummer 1 der Vorlage – Rücknahme der bisherigen Schritte der Öko-Steuer und Verzicht auf die weiteren bei dieser Steuer geplanten Stufen – und Nummer 2 der Vorlage – Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer und deren Umlegung auf die Mineralölsteuer sowie Umwandlung der Kilometerpauschale in eine fahrzeugunabhängige Entfernungspauschale – getrennt abgestimmt worden. Dabei ist

- Nummer 1 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS abgelehnt worden, wobei die Fraktion der CDU/CSU ihre Zustimmung damit begründet hat, dass auch sie die Beseitigung dieser Steuer anstrebe und dazu einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht habe (Entwurf eines Gesetzes zur Senkung der Mineralölsteuer und zur Abschaffung der Stromsteuer [Ökosteuern-Abschaffungsgesetz] in Drucksache 14/4097),
- Nummer 2 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt worden, wobei die Fraktion der CDU/CSU zur Begründung ihrer Ablehnung darauf verwiesen hat, dass im Zuge der Verabschiedung des Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetzes 1997 (Drucksache 13/4918) die Bundesregierung ohnehin verpflichtet sei, bis Ende 2002 den Vorschlag einer Umlegung der Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer zu überprüfen.

Bei der Gesamtabstimmung über den Antrag ist die Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. und PDS bei Enthaltung der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt worden.

Berlin, den 11. Oktober 2000

Reinhard Schultz (Everswinkel)
Berichtersteller

Heinz Seiffert
Berichtersteller

Gerhard Schüßler
Berichtersteller

Dr. Barbara Höll
Berichterstellerin

